

Internacionalizm czy... Działania organów bezpieczeństwa państw bloku wschodniego wobec mniejszości narodowych - Internationalismus, oder...? Die Tätigkeit der Staatssicherheitsdienste der Ostblockländer gegenüber nationalen Minderheiten

Internacionalizm czy... Działania organów bezpieczeństwa państw bloku wschodniego wobec mniejszości narodowych - Internationalismus, oder...? Die Tätigkeit der Staatssicherheitsdienste der Ostblockländer gegenüber nationalen Minderheiten

Veranstalter: Universität Wrocław; Zentrum für Information und Soziale Entwicklung (CIRS); Institut für Nationales Gedenken (IPN)

Datum, Ort: 22.04.2010–23.04.2010, Wrocław

Bericht von: Mateusz Hartwich, Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas,

Wie eine transnationale Geschichte des ehemaligen Ostblocks aussehen könnte, war in letzter Zeit Gegenstand einiger Forschungsprojekte und Konferenzen.¹ Die Breslauer Tagung des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), der Universität Wrocław, des Osteuropa-Kollegs und des Zentrums für Information und Soziale Entwicklung (CIRS) nahm sich dieser Frage aus einem ungewöhnten Blickwinkel an: Dem Verhältnis zwischen proklamiertem Internationalismus und der Behandlung der „nationalen Fragen“ in den kommunistischen Ländern. Größtenteils konzentrierten sich die Beiträge dabei vor allem auf das Vierteljahrhundert nach 1945, mit klarem geographischen Schwerpunkt in Polen. Insgesamt bot die Tagung eine inspirierende Bandbreite an konzeptionellen Überlegungen und Fallstudien, und stellt allein schon durch ihren Überblickscharakter einen wichtigen Schritt für die zeithistorische Erforschung Ostmitteleuropas dar.

Im Eröffnungsvortrag bot GRZEGORZ MOTYKA (Warschau) eine präzise Synthese der Entwicklung der polnischen Geschichtsschreibung zu diesem Thema in den letzten zwanzig Jahren. Er unterstrich dabei die aufklärerische Funktion der Historiker, die der Öffentlichkeit nach 1989 erst die Existenz von nationalen Minderheiten und regionalen Identitäten vergegenwärtigten. Seitdem kam es zu kontroversen Diskussionen über das Schicksal einzelner Gruppen (Zwangsumsiedlungen der Deutschen und Ruthenen, Antisemitismus in Nachkriegspolen), wobei

es an Gesamtdarstellungen fehle. Motyka sprach das zentrale Problem der Tagung an: Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wollten die polnischen Kommunisten einen ethnisch homogenen Staat herbeiführen, und bekämpften aus Angst vor vermeintlichen Separatismen jede Minderheitenaktivität als „Nationalismus“. Abschließend wies er auf eine wichtige Forschungslücke hin: die 1980er-Jahre. Ein laufendes Projekt zur Minderheitenfrage im „Solidarność“-Milieu könnte dem partiell Abhilfe leisten.

In der ersten Sektion wurden die grundlegenden Fragen der Nationalitätenpolitik der Volksrepublik Polen besprochen. Dabei verwies EUGENIUSZ MIRONOWICZ (Białystok) auf zwei zentrale Aspekte: Die internationalen Rahmenbedingungen und das Nachwirken des Weltkriegs. Er sprach kurz die Situation einzelner Minderheiten an, wobei das härteste Vorgehen gegenüber Deutschen und Ukrainern zu konstatieren ist, was auch seitens der Bevölkerung unterstützt worden sei. Sehr deutlich kam in Mironowicz's Beitrag die Uneinheitlichkeit des Vorgehens zur Sprache sowie die Tatsache, dass die zentralen Parteieninstanzen stets über die Minderheiten diskutiert hätten und nie mit ihnen. Abschließend konstatierte der Referent einen Wandel in den 1980er-Jahren, als einerseits die Minderheiten zum Kampf gegen die Opposition ausgenutzt werden sollten, andererseits aber eine Kursänderung durch deren Wirken einsetzte.

GRZEGORZ HRYCIUK (Wrocław) fragte, ob die Umsiedlungen ein Instrument der Nationalitätenpolitik gewesen seien, und antwortete „Ja, aber...“. Einerseits sei aufgrund verschiedener Vorläufer die Überzeugung verbreitet gewesen, nur ein ethnisch homogener Staat garantiere Sicherheit. Dabei kam der Politik der Sowjetunion, inklusive des deutschen und sowjetischen Vorgehens im besetzten Polen, eine Vorbildfunktion zu, andererseits kann dabei nicht von einer Strategie der polnischen Kommunisten gesprochen werden, sondern einer Taktik. Die Machteroberung und –erhaltung sei oberstes Ziel ge-

¹ Vergleiche den Tagungsbericht der Abschlusskonferenz des Projekts „Schleichwege. Inoffizielle Begegnungen und Kontakte sozialistischer Staatsbürger 1956-1989“, in: H-Soz-u-Kult, 11.10.2008 <<http://hsozkult.hu-berlin.de/tagungsberichte/=id2284>>.

wesen. Hryciuk verwies ferner auf die zeitlichen Konjunkturen der Nationalitätenpolitik. Aus „praktischen Gründen“ seien Umsiedlungen ein Instrument gewesen, das gern, aber kurz und selektiv eingesetzt wurde. Diese Politik sei jedoch weder originell, noch autonom gewesen.

ROMAN DROZD (Stupsk) behandelte die Reaktion öffentlicher Stellen auf Versuche der ukrainischen Bevölkerung, nach der Zwangsumsiedlung 1947 in ihre alten Dörfer zurückzukehren. Diese seien nahezu gleich nach der Ankunft in den neuen Westgebieten unternommen worden, auf eigene Faust oder mittels Antrag bei lokalen Behörden. Diese massenhaften Rückkehrversuche führten schließlich zu einem Kurswechsel nach 1956: Durch verstärkte Sozial- und Kulturarbeit sollten die Umsiedler zum Verbleib in der neuen Heimat bewegt werden, wobei die Rückkehr mit administrativen Mitteln erschwert wurde. Wie Drozd schätzt, gelang sie trotzdem einem Fünftel.

In seinem (vorgezogenen) Referat sprach MIKOŁAJ IWANOW (Opole) über die „Polnische Operation“ des NKWD 1937-1938. Dieser Tötungsaktion fielen über 100.000 polnische Sowjetbürger zum Opfer, was Iwanow als „fünffaches Katyń“ bezeichnete. Das Ausmaß sei selbst für die großen Säuberungswellen des Hochstalinismus außerordentlich und weit überproportional. Er konstatierte eine „Akzentverschiebung“ in der polnischen Historiographie, die den Exekutionen von Katyń viel Aufmerksamkeit schenke, aber die Morde der 1930er-Jahre unterschlage. In den neuesten Entwicklungen im zwischenstaatlichen Verhältnis und der großen Zahl der Fernseh Zuschauer für Andrzej Wajdas „Katyń“ sah Iwanow ein Zeichen der „Umwertung“, die sich auch in der Popularität für den polnischstämmigen General Rokossowski manifestiere, der dem blutigen Marschall Schukow gegenüber gestellt wird.

GRZEGORZ STRAUCHOLD (Wrocław) lieferte einen kurzen Abriss seiner Forschungen zu den sog. Autochthonen im Nachkriegspolen. Oberstes Ziel sei es gewesen, so viele „Polen“ wie möglich in den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches auszumachen, um die Grenzverschiebungen zu rechtfertigen. Im Grunde verfügten aber

die Kommunisten über keine Nationalitätenpolitik, und im Zuge der sogenannten nationalen Verifizierung war man nicht imstande, die einzelnen Bevölkerungsgruppen voneinander zu trennen.

Die zweite Sektion begann mit einer Einführung von ŁUKASZ KAMIŃSKI (Wrocław/Warszawa). Seiner Meinung nach könne man nicht von einer Nationalitätenpolitik des Staates sprechen, sondern der Partei. Die Unterlagen lägen ferner keine direkte Verbindung zwischen dieser und dem Vorgehen der Staatssicherheit nahe. Nur in einem Falle – der von oben initiierten antisemitischen Kampagne 1967/68 – kann von einem direkten Einfluss gesprochen werden. Kursänderungen der Partei, etwa die Liberalisierung des Systems in der „Taufwetter“-Periode, hätten nicht zur Milderung des Vorgehens der SB gegenüber Minderheiten geführt, sodass Kamiński auf eine größere Autonomie der Sicherheitsdienste schloss. Andererseits sei auch der Einfluss der Staatssicherheit auf die Politik des Staates in dieser Frage eher marginal gewesen.

KRZYSZTOF SZWAGRZYK (Wrocław) präsentierte die „internationalistischen Kader“ der polnischen Staatssicherheit, wobei er sich auf die Jahre bis etwa 1956 konzentrierte. Er unterstrich die hohe Zahl sowjetischer Militärberater und analysierte den Anteil der nationalen Minderheiten. Wie der weißrussische Referent später feststellte, sei der Anteil von SB-Funktionären weißrussischer Nationalität damals höher gewesen als in der Weißrussischen Sowjetrepublik selbst. Im Übrigen hätten diese Statistiken für das Selbstverständnis der „Tschekeiten“ keine Rolle gespielt.

JOANNA HYTREK-HRYCIUK (Wrocław) referierte über den Operativvorgang gegen die Landsmannschaft Schlesien. Die Tätigkeit bestand hauptsächlich in der Analyse von Heimatzeitungen, der Überwachung der Korrespondenz, dem Einsatz von IMs bei Besuchen verdächtigter Personen in Polen und der Durchleuchtung von Lebensläufen führender Vertriebenenfunktionäre im Hinblick auf ihre NS-Vergangenheit. Nach 1972 wurde das Vorgehen gegen die Landsmannschaft mit dem zentralen Vorgang gegen den Bund der Vertriebenen zusammengelegt. Eine Analyse der

entsprechenden Unterlagen stehe noch aus.

Ein Vierteljahrhundert umfasste das Referat von ARKADIUSZ SŁABIG (Ślupsk), der das Vorgehen gegen vermeintliche „revisionistische Elemente“ in der damaligen Wojewodschaft Zielona Góra analysierte. Dabei überwachte die Staatssicherheit Kontakte zwischen der einheimischen Bevölkerung, insbesondere den „Autochthonen“ und den „anerkannten Deutschen“, und dem Ausland, verfolgte die Tätigkeit westdeutscher Organisationen in der Region, versuchte Ausreisenden entgegen zu wirken, und kontrollierte touristische Besuche seit den 1970er-Jahren. An einigen Beispielen ließ sich die Absurdität des Vorgehens verbildlichen, da die Geheimpolizei jede nennenswerte Ansammlung von Deutschstämmigen in einem Betrieb als strategische Gefahr ansah.

Die Fallstudie des IM „Jansen“ von ROBERT KLEMENTOWSKI (Wrocław) hatte bisweilen etwas von einem guten Agentenkrimi. Dank seines deutschen Nachnamens und Sprachkenntnisse konnte der Informant, ein Mitarbeiter der polnischen Geheimpolizei schon in der Vorkriegszeit, ins Milieu eintauchen und reichlich Material für die Staatssicherheit liefern (18 Bände!). Seine Tätigkeit erreichte einen solchen Ruhm, dass die Entwickler der populären Fernsehserie „Sekunden entscheiden“, in der es um einen polnischen Agenten in der deutschen Abwehr während des Zweiten Weltkriegs geht, seine Dokumente als Drehbuchgrundlage verwendeten.

Am Ende dieser Sektion referierte MAŁEUSZ J. HARTWICH (Berlin) über die Reaktionen der polnischen Behörden auf Touristen aus der DDR und BRD in den Sechzigern und Siebzigern. Während man zunächst auf „auffälliges Verhalten“ Ostdeutscher zurückhaltend reagierte, um die offizielle „Freundschaftspolitik“ nicht zu gefährden, wurden Aufenthalte von Westdeutschen genauer überwacht, unter anderem dank IMs unter örtlichen Reiseleitern. Insgesamt bezeichnete Hartwich das Vorgehen der Behörden als Mischung von Pragmatismus und Fahrlässigkeit, wobei die lokale Bevölkerung nach dem ersten Kulturschock sehr gelassen auf die Besucher reagierte.

Die Referate der größten Sektion mit neun

Vorträgen sollen hier zusammenfassend dargestellt werden. PIOTR KARDELA (Olsztyn) besprach kriminelle Machenschaften lokaler SB-Funktionäre in Masuren, die Ausreisedomumente im Gegenzug für die Übertragung von Eigentum beschafften. JAROSŁAW SYRNYK (Wrocław) charakterisierte die Tätigkeit des Sicherheitsapparats gegenüber nationalen Minderheiten in Niederschlesien bis 1956 und verwies auf den Zäsurcharakter von 1950, als die Strukturen neu organisiert wurden. BOŻENA SZAYNOK (Wrocław) identifizierte drei Themen, die die Aktivitäten der SB gegenüber polnischen Juden bestimmten: Emigration, Kontakte zu Auslandsvertretungen und Zionismus, und verwies auf punktuelle Nachahmungen des Vorgehens anderer Staatssicherheitsdienste, vor allem der Sowjetunion. KATARZYNA WOŁOWIEC (Wrocław) besprach die Ermittlungen gegen einen Schriftsteller, der nach seiner Übersiedlung aus dem früher polnischen Teil Litauens Kontakt zu Landsleuten suchte. Dies genügte, um ein aufwendiges Vorgehen gegen vermeintliche „litauische Nationalisten“ zu rechtfertigen. ŁUKASZ SOŁTYSIK (Wrocław) beschrieb das Vorgehen gegenüber Roma als ein soziales und kein politisches Problem, in dessen Zentrum die erzwungene Sesshaftwerdung stand. KRZYSZTOF SYCHOWICZ (Białystok) bezeichnete die Zusammenarbeit der polnischen und sowjetischen Geheimdienste bei Maßnahmen gegen frühere Mitglieder ukrainischer Partisanenverbände als „nicht flüssig“ und verwies auf das Problem der Gegenseitigkeit beim Informationsaustausch. Die Kooperation durchlief verschiedene Konjunkturen, wobei der KGB der Sowjetukraine zeitweilig sehr passiv agierte. Ähnlich MAGDALENA SEMCZYSZYN (Szczecin/Warszawa), die den Höhepunkt der Zusammenarbeit zwischen KGB und SB eindeutig in den 1960er-Jahren sah (80% der Dokumente). Sie erwähnte auch die „doppelte Nutzung“ von Informanten, z. B. Sowjetbürgern, die nach Polen ausreisten. Laut MARCIN MAJEWSKI (Warszawa) liefen die Maßnahmen gegen ukrainische Exilorganisationen oft ins Leere, etwa weil der KGB falsche Informationen lieferte. Ein konzentriertes Vorgehen ließe sich überhaupt erst seit Ende der 1940er-Jahre erkennen. IGOR HAŁA-

GIDA (Gdańsk) charakterisierte die Maßnahmen gegen die griechisch-katholische Kirche als Kampf gegen den Träger ukrainischer Nationalidentität und verwies in diesem Kontext auf polnisch-sowjetische Verflechtungen – eine liberalere Politik in Polen hätte die Glaubensgemeinschaft in der Sowjetunion zum offensiveren Auftreten ermuntert.

Der internationale Charakter der Tagung kam am zweiten Konferenztag voll zum Ausdruck, mit Vorträgen aus Litauen, Russland, Tschechien, der Ukraine und Weißrussland. Die Mehrheit der Referenten sprach vorzüglich Polnisch, beim ukrainischen Vortrag wurde sogar auf die Übersetzung verzichtet. IHOR ILYUSHIN (Kiew) sprach über Stalins Taktik gegenüber der polnischen und ukrainischen Bevölkerung als klassisches *divide et impera*. Durch Klassen- oder nationale Antagonismen wären sie im Interesse Moskaus gegeneinander ausgespielt worden, während es zwischen den Partisanenverbänden selten zur antisowjetischen oder antideutschen Kooperation kam. ALBINA NOSKOVA (Moskau) sprach über geopolitische Aspekte der Nationalitätenproblematik in Ostmitteleuropa, während IRYNA MUSIIENKO (Charkow) den sowjetischen „Internationalismus“ in der Sowjetukraine mit einem „großrussischen Chauvinismus“ gleichsetzte, der der Umsetzung des imperialen Projekts diene. Auch SIARHEJ TOKĆ (Grodna) bezog die Nationalitätenpolitik in den 1939 angeschlossenen Gebieten Weißrusslands auf die Sowjetisierung, was im Grunde auf eine Russifizierung hinauslief. ARŪNAS BUBNYS (Wilna) referierte über die polnischen „Spätaussiedler“ aus Litauen Ende der 1950er-Jahre sowie Emigrationsversuche litauischer Juden, die an der Übersiedlung nach Polen gehindert wurden. In den 1970er- und 1980er-Jahren hätte die Politik gegenüber dieser Gruppe in verhinderter Emigration nach Israel bestanden, begleitet von „antizionistischen“ Kampagnen. LARYSA LYKOSHYNAs (Moskau) Vortrag versuchte die polnische und tschechoslowakische Politik gegenüber Minderheiten umfassend darzustellen, was jedoch kritische Stimmen ob der Oberflächlichkeit hervorrief. JIŘI FRIEDL (Prag) beschrieb die Lage der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei in den ersten Nachkriegsjahren,

die vom ungelösten Territorialkonflikt überschattet wurde. Während in der Öffentlichkeit gar eine Aussiedlung der Polen im Gespräch war, stellten sich die Kommunisten als einzige auf deren Seite. Dadurch gelang es auch, die reaktivierten Minderheitenorganisationen unter ihre Kuratel zu bringen. Das gleiche Thema in Bezug auf die 1980er-Jahre behandelte PETR BLAŽEK (Prag), der die Maßnahmen gegen die Polen in der Tschechoslowakei in den Kontext des Kampfs gegen die „Solidarność“ stellte. Abschließend durfte EDWARD KLIMCZAK (Berlin) in Vertretung der erkrankten Referentin die Maßnahmen der ostdeutschen Stasi gegen Polen in Westberlin am Beispiel seines eigenen Lebenslaufs erläutern.

Aus organisatorischen Gründen fand keine Abschlussdiskussion statt, dennoch lassen sich folgende Probleme als zentral, auch für die weitere Forschung benennen:

1. Inwieweit bestanden Verbindungen zwischen der Nationalitätenpolitik der einzelnen Ostblockländer? Direkte Anweisungen aus Moskau wurden nicht belegt, an einzelnen Beispielen lässt sich aber eine Vorbildfunktion der Sowjetunion, insbesondere des KGB, nachweisen.
2. Welche Periodisierung lässt sich für diese Politik erstellen und wie hängt diese mit den allgemeinen Zäsuren der sozialistischen Staaten zusammen?
3. In der Tagung wurde klar, dass die Machthaber, insbesondere die Staatssicherheit sich ihre Gegenspieler („Nationalisten“) konstruierten, wobei auf tatsächliche Selbstbeschreibungen der Gruppen und Unterscheidungen in der Praxis kaum geachtet wurde.

Konferenzübersicht:

Sektion 1: Die Nationalitätenpolitik der Volksrepublik Polen

Eugeniusz Mironowicz (Uniwersytet Białostocki): Założenia i cele polityki narodowościowej PRL; „Grundannahmen und Ziele der Nationalitätenpolitik der Volksrepublik Polen“

Grzegorz Hryciuk (Uniwersytet Wrocławski): Czy wysiedlenia były instrumentem polityki narodowościowej w powojennej Polsce?; „Waren die Aussiedlungen ein Instrument der Nationalitätenpolitik im Nachkriegspos-

len?"

Roman Drozd (Akademia Pomorska w Słupsku): Reakcje władz Polski Ludowej wobec prób powrotów ludności ukraińskiej na dawne miejsca osiedlenia (po roku 1947); „Reaktionen offizieller Stellen der Volksrepublik Polen auf Rückkehrversuche ukrainischer Bevölkerung in die alten Siedlungsgebiete (nach 1947)“

Mikołaj Iwanow (Uniwersytet Opolski) – Operacja Polska. Represje wobec mniejszości polskiej w ZSRR w okresie „wielkiego terroru“, 1936–1938; „Polnische Operation. Repressionen gegenüber der polnischen Minderheit in der UdSSR in Zeiten des ‚Großen Terrors‘, 1936–38“

Grzegorz Strauchold (Uniwersytet Wrocławski): Swoi, czy obcy? Kwestia ludności autochtonicznej w pierwszych latach po zakończeniu II wojny światowej; „Unser oder fremd? Die Frage der autochthonen Bevölkerung in den ersten Jahren nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs“

Sektion 2: Der Sicherheitsapparat als Instrument der polnischen Nationalitätenpolitik

Łukasz Kamiński (IPN Warszawa/ Uniwersytet Wrocławski): Rola aparatu bezpieczeństwa w realizacji polityki narodowościowej państwa; „Die Rolle des Sicherheitsapparats in der Umsetzung der Nationalitätenpolitik des Staates“

Krzysztof Szwagrzyk (IPN OBEP Wrocław): „Internacjonalistyczne“ kadry bezpieki w Polsce Ludowej; „>Internationalistische< Kader der Staatssicherheit in der Volksrepublik Polen“

Joanna Hytrek-Hryciuk (IPN OBEP Wrocław): Środowiska ziomkowskie w materiałach Służby Bezpieczeństwa; „Das Vertriebenmilieu in den Unterlagen der Staatssicherheit“

Arkadiusz Słabig (Akademia Pomorska w Słupsku): Aparat bezpieczeństwa w województwie zielonogórskim wobec Niemców i autochtonów w latach 1950–1975; „Der Sicherheitsapparat in der Wojewodschaft Zielen Góra gegenüber Deutschen und Autochthonen in den Jahren 1950–1975“

Robert Klementowski (IPN, OBEP Wrocław): „Modus operandi“ agenta w środowisku mniejszości niemieckiej. Studium przypadku tajnego współpracownika ps. „Jansen“; „>Modus operandi< eines Agenten in der deutschen Minderheit. Eine Fallstudie zum inoffiziellen Mitarbeiter ‚Jansen‘“

Mateusz Hartwich (Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas): Reakcje władz polskich na przyjazdy turystów z NRD i RFN na Dolny Śląsk w latach 60-tych i 70-tych XX w.; „Reaktionen der polnischen Behörden auf Besuche von Touristen aus der DDR und BRD in Niederschlesien in den 60er und 70er Jahren“

Piotr Kardela (IPN Olsztyn): Mienie za wyjazd. Esbecki proceder wydawania Warmiakom zezwoleń na stały wyjazd do RFN. Studium przypadku; „Eigentum für Ausreise. Das Prozedere der Staatssicherheit, Ermländern Ausreisegenehmigungen für die BRD zu erteilen. Eine Fallstudie“

Jarosław Syrnyk (IPN OBEP Wrocław): WUBP/WUdsBP we Wrocławiu wobec mniejszości narodowych (1945–1956); „Die Staatssicherheit der Wojewodschaft Wrocław gegenüber nationalen Minderheiten (1945–56)“

Bożena Szaynok (Uniwersytet Wrocławski): Kwestia inwigilacji ludności żydowskiej w Polsce Ludowej; „Die Frage der Überwachung der jüdischen Bevölkerung in der Volksrepublik Polen“

Katarzyna Wołowicz (IPN OBEP Wrocław) – Postać Leona Szweda. Studium przypadku; „Die Gestalt Leon Szweds. Eine Fallstudie“

Łukasz Sołtysik (IPN, OBEP Wrocław): Organy bezpieczeństwa publicznego i Milicji Obywatelskiej wobec Romów w Polsce Ludowej(1944/45–1989); „Die Staatssicherheits- und Polizeiorgane gegenüber Roma in der Volksrepublik Polen (1944/45–1989)“

Krzysztof Sychowicz (IPN, OBEP Białystok): Współpraca KGB USSR i MSW Polski w rozpracowywaniu środowiska byłych członków OUN-UPA w latach 1959–1969 – wstęp do tematu; „Die Zusammenarbeit des KGB der USSR und des polnischen Innenministeriums bei der Bearbeitung des Milieus früherer Mit-

glieder von OUN-UPA in den Jahren 1959-69 – eine Einführung“

Magdalena Semczyszyn (IPN BUIAD Szczecin/Warszawa) – Charakterystyka dokumentów dotyczących współpracy KGB z MBP/MSW przechowywanych w BUIAD IPN w Warszawie; „Charakteristik der Unterlagen zur Zusammenarbeit des KGB mit der polnischen Staatssicherheit/ dem Innenministerium im Institut für Nationales Gedenken in Warschau“

Marcin Majewski (IPN BUIAD Warszawa) - Działania bezpieki wobec ośrodków zagranicznych ukraińskich tzw. organizacji nielegalnych; „Die Tätigkeit der Staatssicherheit gegen ausländische Zentren der sog. illegalen ukrainischen Organisationen“

Igor Hałagida (IPN OBEP Gdańsk): Działania SB wobec Cerkwi greckokatolickiej; „Das Vorgehen der Staatssicherheit gegen die griechisch-katholische Kirche“

Sektion 3 „Ausgewählte Aspekte der Nationalitätenpolitik der kommunistischen Länder. Die Rolle der Staatssicherheitsorgane bei der Umsetzung der Nationalitätenpolitik der ‚Volksdemokratien‘“

Ihor Ilyushyn (Taras-Schewtschenko-Universität, Kiew): Mechanizm dezinformacji, jako instrument polityki divide et impera wobec ludności polskiej i ukraińskiej ze strony władz radzieckich w latach II wojny światowej i po niej; „Desinformation als Instrument der Politik ‚divide et impera‘ der sowjetischen Behörden gegenüber der polnischen und ukrainischen Bevölkerung in den Jahren des Zweiten Weltkriegs und danach“

Albina Noskova (Institut Slowianowiedienija Russkoj Akademii Nauk, Moskau): Geopolityczny aspekt problemu mniejszości narodowych w Europie Wsch. (plany a realizacja) – I-sza połowa wieku XX; „Der geopolitische Aspekt der nationalen Minderheitenproblematik in Osteuropa (Pläne und Umsetzung) – erste Hälfte des 20. Jahrhunderts“

Iryna Musiienko (TU Charkow): „Radziecki internacjonalizm“, jako forma realizacji projektu komunistycznego w Ukrainie; „Der ‚so-wjetische Internationalismus‘ als Form der

Umsetzung des kommunistischen Projekts in der Ukraine“

Siargiej Tokć (Garadzenskaj dziażcaunaj uniwersitet, Grodno): Kwestia narodowościowa w działalności lokalnych struktur władzy radzieckiej i służb specjalnych w zachodnich obwodach BRSR w latach 1944–1955; „Nationalitätenfragen in der Tätigkeit lokaler Sowjetbehörden und Geheimdienste in westlichen Regionen der Weißrussischen SSR in den Jahren 1944-1955“

Arūnas Bubnys (Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras, Wilna): Stanowisko KGB Litewskiej SSR wobec „repatriacji“ Polaków do Polski w 1955-1959 i emigracji Żydów na Zachód w latach 70-80. XX w.; „Die Einstellung des KGB der Litauischen SSR zur ‚Repatriierung‘ von Polen 1955-59 und zur Emigration von Juden in den Westen in den 1970er- und 1980er-Jahren“

Larisa Lykoshyna (Moskau): Mniejszości narodowe i etniczne a władza w Polsce i Czechosłowacji w latach 80-ch XX w.; „Nationale und ethnische Minderheiten und die Regierenden in Polen und der Tschechoslowakei in den 1980er-Jahren“

Jiří Friedl (Historický ústav Akademie Věd České republiky, Praha): Zarys stosunku Ministerstwa Spraw Wewnętrznych do polskiej mniejszości w Czechosłowacji w latach 1945-49; „Das Tschechoslowakische Innenministerium und die Frage der polnischen nationalen Minderheit in den ersten Nachkriegsjahren“

Petr Blažek (Ústav pro soudobé dějiny je pracovištěm Akademie věd České republiky, Prag): Kontrola mniejszości polskiej w Czechosłowacji ze strony StB na początku lat osiemdziesiątych XX w.; „Die Kontrolle der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei durch die StB Anfang der 1980er-Jahre“

Hanna Labrenz-Weiss (Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin): Działalność Stasi i SB wobec Polaków w Berlinie Zachodnim; „Die Tätigkeit der Stasi und der SB gegen Polen in Westberlin“.

Tagungsbericht *Internacjonalizm czy... Dzi-*

Internacjonalizm czy... Działania organów bezpieczeństwa państw bloku wschodniego wobec mniejszości narodowych - Internationalismus, oder...? Die Tätigkeit der Staatssicherheitsdienste der Ostblockländer gegenüber nationalen Minderheiten

alania organów bezpieczeństwa państw bloku wschodniego wobec mniejszości narodowych - Internationalismus, oder...? Die Tätigkeit der Staatssicherheitsdienste der Ostblockländer gegenüber nationalen Minderheiten. 22.04.2010–23.04.2010, Wrocław, in: H-Soz-Kult 15.05.2010.